

hat die größte Stimmenzahl erhalten. Ihr Erfolg ist aber nicht als das Resultat einer entschlossenen Politik der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus zu werten, auf die der größte Teil der sozialdemokratischen Arbeiter seine Hoffnung setzt. Der Erfolg beruht vielmehr darauf, alle Schuld an der gegenwärtigen Not nicht dem Faschismus und dem Hitlerkrieg zuzuschreiben, sondern den sozialistischen Kräften, die nach dem Zusammenbruch den Mut besaßen, die Verantwortung und Führung in der Verwaltung zu übernehmen, und die unter schwersten Bedingungen große Aufbauarbeit geleistet haben. Einen großen Teil ihrer Stimmen verdankt die Sozialdemokratische Partei der Tatsache, daß sie, statt den Kampf gegen Faschismus und Militarismus zu führen, die aus der Nazizeit noch vorhandenen Stimmungen ausnutzte und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit der Verantwortung für alles belastete, was als Auswirkung des Hitlerkrieges über Berlin und seine Bevölkerung gekommen war.

Soweit kleinbürgerliche Wähler schichten ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei gaben, sind viele von ihnen nicht etwa deren Parole auf Verwirklichung des Sozialismus gefolgt, sondern sie gaben gefährlichen chauvinistischen Stimmungen Ausdruck und glaubten, sich damit den Folgen des Hitlerkrieges und des Zusammenbruches entziehen zu können. Die Sozialdemokratische Partei hat nunmehr in erster Linie die Verantwortung zu übernehmen. Hunderttausende sozialdemokratischer Wähler erwarten nun die Erfüllung dessen, was ihnen versprochen wurde, insbesondere die sofortige Verbesserung ihrer Lebenshaltung, die Erweiterung der demokratischen Rechte und die Verstaatlichung der Konzerne.

Nur wenn in Deutschland Faschismus und Militarismus vernichtet werden, hat das deutsche Volk Lebensmöglichkeiten und eine Zukunft. Es darf nicht derselbe verhängnisvolle Weg beschritten werden, den unser Volk nach 1918 ging. Dieser Weg führte schließlich zum Erstarken der Reaktion, zum Siege des Faschismus und zum zweiten Weltkrieg. Wir stehen vor der Frage, ob es in der Stadtverordnetenversammlung und in der Verwaltung Berlins gelingen wird, die konsequente Politik der Demokratie und des Friedens weiter zu sichern. Das wird davon abhängig sein, ob die Sozialdemokratische Partei bereit ist, die durch die Wahl geschaffene Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Interesse des werktätigen Volkes wirksam zu machen.